

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint monatlich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage. Wenn möglich für den politischen Teil: 12 Blätter, für den lokalen und provinziellen Teil: 12 Blätter, für den allgemeinen Teil: 12 Blätter. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Ulrichstraße 27.

Nr. 3.

Halle, Sonnabend, den 4. Januar 1919.

3. Jahrgang.

Die Angst vor der Sozialisierung.

Die deutsche demokratische Partei braucht ihr Wahlergebnis noch ganz nach dem Recepte ihrer letzten Etagen Wähler. Ihr Erfolg letzterer seine in Kurzerwartung vererbtet. Der sozialistische Staat, so nunmehr fast dreißig Jahre, während seine Nach- oder Gelegenheits gehabt hätten, inzwischen einiges zu lernen. Sie haben allerdings die Möglichkeit, ihre Erkenntnis an den Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung zu bereichern, mit trummer Festigkeit abgelehnt. Sie wollen „reine Demokraten“ bleiben, nachdem das Wort nur einmal, das in Germany geworden ist. Männer wie der hiesige Professor Ueberbach, die als Mitglieder der demokratischen Partei auch die Sozialisierung der dafür reifen Betriebe für berechtigt halten, sind durchaus nicht nach dem Durchschnittpunkt der Demokraten; ihre Namen sucht man auch vergeblich auf den demokratischen Kandidatenlisten. Mit den Demokraten ein Herz und eine Seele in der ersten Verwertung der Sozialisierung sind die Konfessionen. Auch als deutsche nationale Volkspartei sind sie — und nicht nur in diesem einen Punkte — geblieben, was sie waren. Der persönliche, vererbte und vererbte Pfah gibt ihnen neben dem Rechte, ihre Mitmenschen für sich arbeiten zu lassen, als beständige Grundlage des Staatswesens.

Wäre der Mangel an volkswirtschaftlicher Bildung nicht eine der betrüblichen Erscheinungen der kapitalistischen Kultur-Ära, so würde die Verzerrung in den Köpfen des Volkes der „Denker“ über Sozialismus, Kommunismus, Volkswirtschaft und Sozialisierung nicht einen so hohen Grad erreicht haben. Dann wäre an Stelle einer mit Mut gemischten Angst vielleicht die Erkenntnis getreten, daß der Sozialismus kein ausgeglichenes System einiger Schwarzmaler oder abstrakter Menschenbeglückter ist, sondern daß er auf der Einsicht in die Notwendigkeit der Ueberwindung der privaten wirtschaftlichen Interessen in die gemeinsamen wirtschaftlichen, die gewollten wirtschaftlichen Güterzeugung besteht. Sozialismus heißt daher so viel, wie die Einsicht, daß sie nicht zueinander können oder wollen so viel, wie mit verbundenen Augen zu leben oder aus eigenem Interesse nicht leben zu wollen.

Die Sozialisierung der Volkswirtschaft erfolgt durch die politische Revolution zwar eine Bestätigung, aber sie kann nicht als eine ihrer unmittelbaren Erzeugnisse angesehen werden. Denn der Prozeß der Sozialisierung hätte auch ohne die politische Revolution seinen Fortgang genommen, und dieser Prozeß ist in Deutschland weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen Lande. Nur nannte man den Vorgang früher Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, weil er sich unter der Hegelie des Herrschers und Obrieten, auf der Klassenherrschaft beruhenden Staates vollzog. Nun, da der Volkshaar seiner politischen Vertretung entgegensteht, ist der Staatssozialismus nur noch ein hilfloser Begriff und „Sozialisierung“ der richtige Name für die Ueberwindung kapitalistischen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben.

Gänzlich falsch und nicht im Sinne unserer großen Theoretiker handeln die sogenannten Realisten — sie sind nur Wortkandidaten, die unbenutzbar die Geschäfte der Revolution befragen —, wenn sie die politische Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft verlangen. Dazu sind weder die Dinge noch die Verhältnisse reif. Reif dafür sind nur jene Betriebe, die eine gewisse Stufenleiter der Produktivität erreicht haben. „Staatliche Organisation der Produktion“, sagt Kaustsky in seiner vorerwähnten Schrift: Die Diktatur des Proletariats, „durch eine Bureaucratie oder durch die Diktatur einer einzelnen Volksschicht bedeutet nicht Sozialismus.“

Noch notwendiger als solche abstrakten Ermüdungen sind die aus der politischen Lage unseres Landes erwachenden Pflichten. Ruhe und Ordnung zu verlangen — ein das Stillschweben der bürgerlichen Reaktionen — ist heute das Gebot der Stunde für alle Vernünftigen. Wenn die am Generalrat der Arbeiter der deutschen Arbeiterbewegung und Bürgerfragen beinahe als eine Korrespondenz der grübelnden und idiosyncratischen Durchsicht des Sozialismus ansehen, so sind sie sich ihrer ungeheuren Verantwortung dabei nicht feilsch und zeigen zugleich, daß sie alles andere eher als denkende Sozialisten sind. Traurig, wenn Deutschlands Schicksal von diesen Leuten abhängen sollte.

Denn es wird sich an dem Rechtsgesetz nichts ändern lassen, daß man erst leben muß, um philosophieren und sozialisieren zu können. Und wenn, wie wir alle hoffen, Teufelskud am Leben bleibt, wird es zeitliche Gelegenheit zum praktischen Sozialismus finden. Man wird dann von der eingeleiteten Studentenkommision mehr verlangen können als die Befragung der sehr wenig fortgesetzten Befragten. Dieser der gutt stehenden und verheißenen Uebernahme des Reiches und der Arbeiterbewegung gibt es noch andere, nur Sozialisierung ausgereifte Betriebe. Vor allem die großen Elektrizitätsgesellschaften. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, deren Vorkämpfer Walter Rathenau ja in der Sozialisierungskommission mitarbeitete, ist in dieser Hinsicht beinahe zu reif. Die A. E. G. ist eigentlich kein Unternehmen mehr, sondern eine Gruppe ineinander greifender, nur scheinbar selbständiger Betriebe. Mit ihren 30.000 Angestellten ist sie ein Staat im Reichsstaate. Sie besitzt in Berlin an nicht zusammenhängenden Betrieben:

eine Lampen-, eine Maschinen-, eine Apparate-, eine Turbinen- und eine Schreibmaschinenfabrik. In der Nähe Berlin befinden sich zwei Zugsfabriken, das große Kabelwerk Oberpfalz und eine Automobilfabrik. Zwischen Zettel und Spanbau werden betrieben eine Holzwaren-, Porzellan-, Park-Belagapparate-, Signal- und Schmelzwerkfabrik, außerdem aber noch das Elektro- und Metallwerk sowie die flugtechnische Abteilung. Also Produktion auf höchster Stufenleiter mit Ausschaltung aller fremden Hilfsbetriebe und einer auf der Zusammenfassung zu einheitlicher Verwaltung und der Ausnutzung aller Abfälle beruhenden Rentabilität. Dazu kommen noch eine Reihe von finanziellen Beteiligungen, wie bei der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, bei Zellen & Guilleaume und bei Tochtergesellschaften. Unternehmungen der A. E. G. in Berlin sowie bei einem Duzend anderer Betriebe. Die A. E. G. hat den wüsten Dividendenanteil der Kriegsjahre nicht mitgemacht, sondern immer eine geradezu auf die Beteiligungsgesellschaft hinübergezogene Bilanzpolitik betrieben. Deshalb kann sie auch unter Einschluss ihrer Tochterunternehmen über ein Bankguthaben von 267,7 Millionen verfügen, bei Einstellung der Werte aller Maschinen, Werkzeuge und Mobelie mit 10 einer Mark.

Walter Rathenau, der bei Beginn des Sozialismus sozialisierende Betriebe verfolgt, wird gemäß mit der bei der Installation der Kriegsjahre bewiesenen Einsicht auch für den Uebergang der A. E. G. auf den deutschen Volkstaat wirken und dafür sorgen, daß die Aktionäre, nachdem sie so viele Jahre die Renten verdienten, mit einer selbstig ihrem wirklich angelegten Kapitale entsprechende Abfindung abgefunden werden. Auswert und Bilanzwert kommen bei Bemessung der Abfindung nicht in Betracht.

Bilanzwert oder Zeitwert? Der Industrielle denkt bei seiner Aktienfabrik in Grazden zu Arbeiter zu genossenschaftlichen Uebernahme an. Aber was war in der kürzeren Presse darüber zu lesen? „Das Anerbieten wurde von den Arbeitern abgelehnt, weil sie bei der Konjunktur die Karte Hand des Internets nicht missen wollten!“ Das war Schandmal. In Wirklichkeit nämlich lehnten die Arbeiter das Anerbieten ab, weil sie den Plan des Kapitalistens nicht durchsahen, der mit seinen Sozialisierungsgeldern einen Profit an ein bis zwei Millionen herausbringen wollte, weil er in der Bilanz mit gegen 9 Mark figurierenden mobilien Anlagen zum Zeitwert, d. h. mit 1 bis 2 Millionen besetzt haben würde.

Ein weiterer Grund zu dem Scheitern menschenfreundlichen Anerbieten des Geschäftsmanns und Generaldirektors Bentsch liegt in Differenzen mit der Arbeiterchaft wegen der von ihm geforderten Entlassung einiger Beamten sowie in dem nicht recht in die Zeit passenden Umstände, daß der Generaldirektor und Hauptaktionär besagten keine eigene Generalversammlung bilden. Hätte die Arbeiterchaft das Anerbieten angenommen, so wäre sie in die vollständige Schlichtung dieser „Generalversammlung“, d. h. des Angst geraten. Sie hat daher mit der größten Abweilung ein solches Maß von Einsicht in das Wesen der wirklichen und den Gewinn bei der Uebernahme sozialisierender Betriebe. Es ist wahrlich ein Wunder, daß andere spekulative Käufe dem Schlichtenspiele des Grauzden Sozialkapitalisten nachgeben. Die Sozialisierung wird kommen und muß kommen. Wirtschaftliche Notwendigkeiten helfen nicht über partezne Protekte papieren Demokraten.

Die künftige deutsche Reichsverfassung.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Nationalversammlung wird die Beratung der Reichsverfassung sein. Der zur Vorlage gelangende Entwurf wird etwa folgendes vorliegen: An die Spitze der Deutschen Republik soll ein vom Volk gewählter Präsident treten. Es ist noch nicht entschieden, ob dieser Präsident nach dem System der absoluten oder der relativen Mehrheit gewählt werden soll. Das erstgenannte System zwingt zum bekannten „Kuhhandel“ zwischen den Parteien, indem es unter Umständen eine Stimme notwendig macht, das zweitgenannte System, das der relativen Mehrheit, hat wieder den Nachteil, daß unter Umständen zum Präsidenten der Republik der Vertreter einer starken geschlossenen Minderheit gewählt wird, der natürlich notwendig in Konflikt mit den gesetzgebenden Körperschaften kommen muß.

Der Präsident soll eine Stellung erhalten, die zwischen der amerikanischen und der englischen Verfassung liegt. Wie der amerikanische Präsident wird er gewählt, aber nicht in indirekter, sondern in direkter Wahl. Dagegen wird er nicht wie der amerikanischen Präsident unzerstörliche Staatsrechte als hohe Geschäfte befragen, sondern wie nach der englischen Verfassung ein parlamentarisches Ministerium ernennen. Die Mitglieder dieses Ministeriums müssen nicht notwendig Parlamentarier, aber sie müssen der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften genehm sein.

Die gesetzgebenden Körperschaften der Deutschen Republik sollen ein auf Grund des freieren Wahlrechts der Welt gewähltes Volkshaus und ein Staatenhaus sein.

Das Staatenhaus ist unbedingt notwendig, um dem überhöhten Grundzüge des deutschen Volkes Genüge

zu tun, besonders wenn eine Angleichung Deutsch-Deutscher in näher Zukunft oder für später ins Auge gefaßt wird. Gegen das Staatenhaus sind keine Einwendungen zu erheben, da keine Mitglieder von den bundesstaatlichen Parlamenten delegiert werden, die ebenfalls auf Grund des selben Wahlrechts gewählt sind, das für das Volkshaus gilt.

Bei Vermittlungsverhandlungen zwischen dem Staatenhaus und dem Volkshaus oder zwischen dem gesetzgebenden Körperschaften und dem Präsidenten entscheidet der Appell an das Volk, das Referendum.

In dem neuen Deutschen Reiche ist der Fortbestand Preußens in seiner bisherigen Form unmöglich. Preußen hat seine historische Rolle ausgespielt. Die antirepublikanischen Tendenzen wirken übermäßig, wenn Preußen mit seinen 40 Millionen Einwohnern die absolute Mehrheit der Bewohner des ganzen Deutschen Reichs in die Reichstage werfen könnte. Aber auch andere Momente sprechen für die Zerlegung Preußens: so brauchen Bremen und Hamburg, die als Träger historischer und weit geschätzter Namen fortbestehen sollen, ein erweitertes Votum. Die Eingliederung der hiesigen Staaten zu einem Groß-Präsidenten wäre unmöglich, wenn nicht in Groß-Präsidenten der Regierungsbezirk Erfurt und eventuell die geographisch und wirtschaftlich zu Thüringen gehörigen Bezirke Nordthüringens angeschlossen.

Die Zerlegung Preußens wird wahrscheinlich dadurch gefördert werden, daß man im allgemeinen die Zahl der Vertreter der Bundesstaaten im Staatenhaus auf 60 beschränkt, und zwar so, daß auf je eine Million der Einwohner Deutschlands ein Vertreter entfällt. Obwohl Preußen den Anspruch auf 40 Vertreter hätte, wird es aber höchstens 25 erhalten. Wird dagegen Preußen in mehrere selbständige Verwaltungsbezirke zerlegt, so hat dann die preußische Bevölkerung Anspruch auf die volle Zahl ihrer Vertreter im Staatenhaus. Ungefragt sollen die Reichsstaaten unter einer halben oder einer Million Einwohner keinen Vertreter im Staatenhaus erhalten, um so die Tendenz zum Zusammenstoß zu fördern. Bei der ganzen Verteilung des Deutschen Reichs soll aber die Initiative auf Seiten der Verfassung liegen und die Reichsregierung wird sich vermuthlich nur vorbehalten, die prinzipiellen Wünsche in Einklang mit den Reichsinteressen zu bringen.

Sangesgeschichte.

Wer soll Führer des Volkes sein?

Drei politische Parteien werden um die Stimmen der 21 Millionen weiblicher und der 19 Millionen männlicher Wähler, die am 19. Januar die erste deutsche Reichsverfassung, die diesen Namen wirklich verdient, wählen sollen nach dem freien Wahlgesetz der Welt. Die eine der vier Parteien ist die deutsche nationale Volkspartei. Sie besteht aus den Trümmern der Konfessionen, antirepublikanischen, rassistischen und sonstigen reaktionären Parteien. Doch sie der Führer des deutschen Volkes sein kann, ist ausgeschlossen. Ihr hiesiger Wortführer Professor Porcisch macht kein Hehl daraus, daß er und seine Partei die Rechte zur Monarchie wieder sehen. Dafür dankt das deutsche Volk in seiner ungeheuren Ueberzahl mehr entschrieben als freundlich.

Das frühere Zentrum firmiert jetzt Christlich-nationale Volkspartei. Auch diese Partei kann niemals eine führende Rolle spielen, weil sie ihrer Natur und Geschichte nach auf einen bestimmten Volksteil, den Katholiken, beschränkt ist. Die Zeit der Kulturkämpfe aber ist vorüber, muß vorüber sein; wir haben andere, wichtigeres zu tun. Wenn das Unglück und der Uebertritt des unabhängigen Kulturministers Adolf Hoffmann an eine neue deutsche Partei, die deutsche Arbeiterpartei, das Ziel war, im neuen Deutschland eine ähnliche Rolle spielen zu können wie die Sozialisten in Frankreich, die unter sozialistischer Etikette stets eine bürgerlich-großparteiliche Partei waren, oder sich durch Hervorhebung ihrer demokratisch-republikanischen Stimmung stets einen starken Anhang zu sichern vermochten. Solche Spekulation übersteht, doch heute die sozialen Probleme viel zu scharf und klar gestellt sind, als daß ein Spiel mit vieldeutigen Kompromissen noch befriedigen könnte. Die Deutsche demokratische Partei wird entweder als Schutztruppe des Kapitalismus unfrucht-

bar sein, oder sie wird als Schutztruppe des Kapitalismus unfrucht-

Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert, Scheidemann.

Arbeiter, Beamte, Bürger!

Oeffentliche Wählerversammlung

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Saalschlossbrauerei.

Tagesordnung:

1. Die Sozialdemokratie und die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar.

Redner: Redakteur H. Peus, Dessau.

2. Freie Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen wird freundlichst gebeten.

Der Einberufer.

Alte Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Vorsitzende: Ebert, Scheidemann.

Wahlleitungen der Wahlen zur Nationalversammlung im Regierungsbezirk Merseburg:

Wahlkreis: Halle und Saalkreis.

Wahlleitung: bei den Wahlen zur Nationalversammlung: Emil Viktor. Wahlbureau: Gewerkschaftshaus Halle, Burg 42/44, Zimmer 12, 1. Etage. — Telefon 6900.

Wahlkreis: Merseburg-Querfurt.

Wahlleitung: Paul Hämpf und Richard Spiegel. Wahlbureau: Lokal „Alter Postkammer“, Merseburg, Dammstraße. Telefon 345.

Wahlkreis: Delitzsch-Bitterfeld.

Wahlleitung: Richard Andrae, Scheppler Straße 19. Wahlbureau: Bitterfeld, Restaurant Hohenzollern, Telefon 584.

Wahlkreis: Wittenberg-Schweinitz.

Wahlleitung: Willi Jahn. Wahlbureau: Klein-Wittenberg, Sak. 107 „Für Stufe“ (Inh. Karl Rehn), Dessauer Straße 44. — Telefon 212.

Wahlkreis: Torquar-Liebenwerda.

Wahlleitung: Otto Dietrich, Falkenberg Weg, Halle. — Telefon 50.

Wahlkreis: Mansfelder Kreise.

Wahlleitung: Albert Müller, Eisichen. Wahlbureau: Wiesenhaus, 1 Treppe, Telefon 500.

Wahlkreis: Sangerhausen-Emmertal.

Wahlleitung: Willi Stadt, Sangerhausen. Wahlbureau: Sangerhausen, Gasthaus zum Kronprinz, Gutsenstr. 41 Telefon 279.

Wahlkreis: Freig. Weiskensfeld.

Wahlleitung: Weiskensfeld, Franz Seppert, Leipzig Str. 70. Wahlbureau: Hotel Goldener Hirsch, Leipzig 8.

Als Kandidat über die Wahl, des Abholens von Versammlungen, Bestellung von Wahlen werden hier erstellt. Auftragsarbeiten in die Partei werden entgegengenommen. Agitationsmaterial kann bezogen werden. Freiwilige Spenden zur Bezahlung der Wahlkosten werden von den Wahlleitern entgegengenommen. Sammelstellen zur Bezahlung der Wahlkosten können in den Bureaus bezogen werden.

Gewissen, die sich zur Arbeit für die Wahl zur Verfügung stellen, wollen sich ebenfalls hier melden.

Der Bezirksvorstand und die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine im Regierungsbezirk Merseburg. (Alte Partei.)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Halle.

Am Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 8 Uhr, im Goldenen Hirsch, Leipzigerstr. 63:

Große öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Frauen und die Nationalversammlung.

Rednerin: Schwester Rühland-Dürrenberg.

2. Freie Ansprache.

Alle weiblichen Wähler von Halle sind zu dieser wichtigen Versammlung sehr eingeladen. Es gilt zu beweisen, daß Ihr Euch der Bedeutung der Wahl zur Nationalversammlung bewußt seid.

Deshalb auf zur Versammlung!

Der Einberufer.

Stadt-Theater

Sonntag, den 5. Jan. 1919, nachm 3 Uhr:

Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen

Der Waffenschmied. Kom. Oper von Lortzing. Abds. 7½, Ende 10½ Uhr.

Die Fledermaus. Operette von Strauss. Montag, den 6. Jan. 1919, Abds. 7½, Ende 9½ Uhr.

Tielland. Oper von d'Albert.

Thalia-Theater. Spielplan des Stadttheaters-Verjansos.

Sonntag, den 5. Januar 1919, abends 7½ Uhr:

Der Strom. Schauspiel von Max Halbe.

Zoo. Sonntag, den 5. Jan. 19, nachm 3 Uhr:

Konzert vom Orchester.

Eintrittspreise: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., Militär ohne Dienstgrad 5 Pf., Studenten 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Gienstag, den 7. Jan. 1919 abends 8 Uhr:

Grosses Extramilitär-Konzert

von dem aus dem Felde zurückgekehrt, aktiven Reservekorps des Weiskensfeldkreises, abends 8 Uhr.

IV. Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters.

Die Glocke Sozialist. Gedichte

abends 8 Uhr im Klubraum, Gesellschaftl. u. -Kl. empfangt die

Sonntag, Volksstunde, Halle, Ph. Ulrichstr. 27.

Sucht für meinen Haushalt

ein Mädchen im Alter von 15-16 Jahren. Sparrmann, Gr. Steinstr. 47.

In freien Stunden

Wochenschrift soll spannender Roman und Erzählungen. Preis 15 Pf.

Sonntag, Volksstunde, Halle, Ph. Ulrichstr. 27.

Sozialistenmarsch, Marschallaise, Internationale u. a.

für Orchester, Klavier u. Chor. J. Bühner Verlag, Dresden 10. [1844]

Geschmackvolle

Firmenschilder

Erich Haack, Dekorationsmaler, Schilderplan 1.

Schluss

der Anzeigen-Annahme

vormittags 10 Uhr.

Schauspieler

aus dem Felde zurück, empfangt sich Vereinen & Einbildung von Theateraufführungen. vom Weber, Albertstr. 23.

Stempel

aller Arten, (1839) Gesellschaft, Gerberstr. 11/12, Heintzmann und Mülling

Alfred Pleutsch, Stempelgeschäft, Mittelstr. 6, Gerberstr. 3008.

2 Aufklärungsvorträge

des Soldatenrats.

Achtung, Kameraden!

Wie stellen wir uns zur Wahl?

1. Am 6. 1. 1919, abends 8 Uhr, Volkspark, U. S. P. Meierent: Genosse Koenen.

2. Am 9. 1. 1919 abends 8 Uhr, Volkspark, U. S. P. Meierent: Genosse Viktor.

Pflicht eines jeden Kameraden ist es, zu erscheinen.

Anschließend: Freie Ansprache.

Als Einberufer: Der Aufklärungsaussch.

Hallescher Hausfrauen- und Straßenduhlergänge.

Bekanntmachung.

Am 1. Januar 1919 ist uns die bekannte, aus und durch den Güter der Eigenbesitzer, besetzt, die bekannt, aus und durch die Güter der Güterbesitzer der Bahn übergeben worden.

Gedächtnis, deren schärfste und gewissenhafteste Überlegung wir zu fern, erbiten wir nun.

Geraruf 6055

Zillmann & Lorenz,

Bismarck-Platz, Delitzsch Str. 5.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Mietleben.

Mietleben.

Am Montag, den 6. Januar 1919, abends 8 Uhr,

in Mietleben „Sakho für Sonne“

Grosse öffentliche Frauen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Frauen und die Nationalversammlung.

Rednerin: Schwester Rühland-Dürrenberg.

2. Freie Ansprache.

Alle weiblichen Wähler von Mietleben sind zu dieser wichtigen Versammlung sehr eingeladen. Es gilt zu beweisen, daß Ihr Euch der Bedeutung der Wahl zur Nationalversammlung bewußt seid.

Deshalb auf zur Versammlung!

Der Einberufer.

Halle und Saalfreis.

Halle, 4. Januar 1919.

„Prinzipienfrage“

Das Volksblatt hat abgelehnt irgendwelche Anzeigen der alten sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen, gibt aber in ihrer Nummer vom 2. Januar einen Hinweis auf die Bedeutung der Prinzipienfrage im Zusammenhang mit der Wahl zum Reichstag.

Die öffentliche Wählerversammlung der alten sozialdemokratischen Partei. Sonntag vormittags 11 Uhr findet in der Saalstraße 10 die öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse P. u. s. D. über die Sozialdemokratie und die Wahl zur Nationalversammlung sprechen wird. Da P. u. s. D. als alter Bekannter ist, ist jedem der Besuch der Versammlung empfohlen. Arbeiter, Beamte, Angestellte, Wähler und Wählerinnen, ergeht in Massen zu dieser Versammlung.

Die Deutschnationalen Kandidaten im Saalfreis Merseburg. Der Vorstand des Landesverbandes Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei hat für den Wahlbezirk Merseburg zur heutigen Nationalversammlung folgende Kandidaten aufgestellt: Staatsanwalt Graf von Waldomirsky in Naumburg a. S., Volksbevollmächtigter Richard Seiditz in Buerteroda (Kreis Garbisberg), Dr. phil. Wilhelm Carlsohn aus Halle-Saale, Sozialreferent, Frau Elisabeth Riediger-Waechter, Bildhauerin, Halle-Saale, Dr. Robert Waigle, Pastor in Dieblich, Telegraphenbauführer Franz Puhlmann in Giesleben, Schuhmacher-Direktormeister Bruno Ernst in Borsdorf, Lehrer Fritz Karpelsohn aus Lettin, Dr. med. Otto Lange in Köthen.

Wahlversammlung der Bürgerlichen Parteien? Zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei werden Verhandlungen gepflogen über die Wählerversammlung in Merseburg. Die Stimmung in den in Betracht kommenden Kreisen ist für die Wählerversammlung und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sie zustande kommen wird. Zumal in den Bürgerlichen Kreisen besteht die Angst vor den übermächtigen Gegnern des Bürgerrechts. Befehl.

Keine Entlassung von Kriegsbeschädigten aus Heeresbetrieben. Die Heeresverwaltung wird mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, namentlich die Schwerverletzten, in den Betrieben und Verwaltungen aus Anlaß der Demobilisierung unter keinen Umständen ihre Arbeitsstelle verlieren. Bietet sich für den betroffenen Schwerverletzten ein seiner Arbeitsstelle weiser Ausfühler, so wird er, wenn er die Arbeitsmöglichkeit, so wird er von der Heeresverwaltung auf einem anderen Arbeitsplatze weiter beschäftigt werden.

Für die Bemerkung von frei werdenden Heeresgütern für unsere Volkswirtschaft ist im Bereich der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsverwaltungsmittel, geschaffen worden, das dem Reichsamt untersteht. Die Überführung aller dieser Güter aus der Heeresverwaltung in die Verwaltung des Reichsverwaltungsmittels ist vom Reichsministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederbeschaffung von gestohlenen Segesgütern gehört zu den Aufgaben des Reichsverwaltungsmittels. Das Reichsverwaltungsmittel weiß deshalb darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 14. Dezember 1918 erlassenen Gesetz über die Angelegenheiten der Vermögensverwaltung ist nach nachschlüsselweise im Reich von Segesgütern mit Gesamtwert bis zu fünf Jahren und mit Gesamtwert bis zu 100 000 Mark bestraft wird.

Freie Beförderung zur Arbeit auf dem Lande. Arbeiter und Arbeiterinnen, die beschäftigungslos werden, werden belohnlich frei abberufen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat jetzt die Eisenbahnbetriebe in der Hand genommen und hat sich auf dem Lande nach die freie Beförderung nicht bloß nach den früheren Wohnort oder den bisherigen Arbeitsstellen erfolgen kann, sondern auch nach neuen Arbeitsstellen in der Landwirtschaft. Es ist dies durchaus erwünscht. Dasselbe gilt für die Begleitpersonen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Am Interesse der Wiederbelebung des Baugewerbes hat das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung die bisherige Bauprüfung durch die Bauprüfungstellen aufgegeben. Gleichzeitig ist die Volkshilfe, daß die Dringlichkeit des Bedarfs an Zement bei den Bauprüfungstellen sofort nicht werden muß, aufgehoben worden. Die Bauprüfungstellen bleiben dagegen wegen Mangel an Kohle und der dadurch verursachten Mängel an ausreichenden Heizmaterialien einwirken in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten. Freigabezeit für Ziegel sind an die zukünftige Kriegsmittelstelle zu richten.

Eine Frage an die Weissen des Volksbundes. Die Redaktion des Volksbundes hat in Leitartikeln, Aufsätzen, Redaktionen und zum Abdruck kommenden Einblendungen mit aufrichtigem Eifer die Frauen von der Teilnahme in Schutz, sie seien noch nicht politisch reif. Will die Redaktion da nicht in Widerspruch sein mit der Frage beantwortet, welchen Grund sämtliche unabhängigen Redner gegen das frühe Staffieren der Wahlen zur Nationalversammlung geltend gemacht haben? Sagen sie nicht wieder und wieder, die „Masse“ ist noch nicht genügend „aufgeklärt“? Und behaupten sie nicht insbesondere auch von den Fronttruppen? Wer dieser Grund nicht auch in den verschiedenen Variationen im Volksblatt zu finden wollen die Weissen des Volksbundes? Sie behaupten, Mangel an Aufklärung ist etwas anderes als ungenügende politische Reife?

Das Volksblatt sollte doch „Gumbachsteiger“ aufbringen, offen zu erklären, jeder der ins unabhängige Horn bläst, sei geistig reif, jeder andere sei unzureichend. Dann würde sich das wenigstens bei den meisten Ausprägungen ihres Grundes wiederholen. „Haben wir“ fragt, die bei der Wahl in Zukunft den Unabhängigen Feder hätte durchfallen lassen, und von „Arbeit und Brot“, dem der Ausfall der Wahl zum Dresdener Arbeiterkongress zu danken sei. Wir unterziehen Ihnen uns gar nicht, offen zu erklären, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen politisch nicht reif sind, die einen Schwergewichten nicht anderen können. Und wenn Sie auch dann politisch nicht ausgereift, wenn die das Kritizismus der Unabhängigen Partei in der Laufe haben.

200 Gramm Fleisch. Die Verbrauchsmenge von Schlachtviehfleisch und Butter, die vom 6. bis 12. Januar entnommen werden darf, wird auf 200 Gramm festgesetzt.

500 Gramm Kaffeebohnen und Zucker. Die Verbrauchsmenge an Kaffeebohnen und Zucker aus Kaffeebohnen, die vom 6. bis 12. Januar bei den Kaffeebohnenhändlern auf Grund der Reichsbeschaffungsstelle entnommen werden dürfen, wird auf 500 Gramm festgesetzt. Grundbesitzer dürfen bei der Befreiung nur auf 8 kg. bei der Reichsbeschaffungsstelle nur auf 4 Kaffeebohnen und 50 Gramm Zucker entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1 Kaffeebohnen) lediglich zum Besatz von Würstchen bedürftig.

7 Pfund Kaffeebohnen und 1/2 Pfund Karamellzucker. In der Woche vom 6. bis 12. Januar können auf die Karte 28 der Karte Kaffeebohnen sieben Pfund Kaffeebohnen abgehoben werden. Die Kaffeebohnen sind am 6. Januar abgehoben. Die Verteilung der Kaffeebohnen ist auf 7 Pfund Kaffeebohnen und 1/2 Pfund Karamellzucker noch für jede Person des Haushalts 1/2 Pfund Karamellzucker.

Städtischer Eierverkauf in der Lausitzschule am 6. Januar für die Lebensmittelkarten 48 000—51 000 vorm. von 6—12 Uhr und 51 001—52 000 vorm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Eier zum Preise von 20 Pf. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Röhren in der Lausitzschule am 6. Januar. Lebensmittelkarten 53 101—55 000 vorm. von 6—12 Uhr und 55 001 bis 59 000 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm Röhren zum Preise von 20 Pf. abgegeben.

Der Verkauf von Obst erfolgt am 6. Januar auf den Absatzschnitt 7 bei dem Marktplatz. Obst: Apfelsorten 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

Der Unterricht in der gewerblichen Fortbildungsschule beginnt nicht am 6., sondern erst am Dienstag, den 21. Januar 1919.

Montag letzter Tag zur Einführung der Wählerlisten. Veräume niemand einzufehen.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

Montag findet am Sonntag, den 5. Jan., 12 Uhr, ansehnlich durch die Kapelle des Städtischen Musikvereins, auf dem Marktplatz, die Einführung der Wählerlisten statt. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben. Die Wählerlisten sind in der Lausitzschule am 6. Januar abgehoben.

gehört den Weissen Sozialisten an. Nach Aufführung durch Genossen Müller, Seifert und Johannsen Schmeiberg wurde diese Aufführung „Merkwürdig“ befunden. Die Rede wurde aber auch von ihm aus diesem Bericht herausgehoben. Er kann man vermuten, die Straucher wären zufriedengestellt durch die Erklärung von Müller und ließen weiter Mitglieder der Unabhängigen. Die Sache ist aber ganz anders. Uns wird dazu mitgeteilt, die Werbung von Mitgliedern durch die U. S. P. gelohnt. Ein Straucher in Form einer registrierten Anwerberin, die die hohen Halle und Umbeide, die den Bezirksausbeizern Straucher ins Leben riefen, belamen von den Unabhängigen (Herrn Gregor Wittenberg) Material der alten sozialdemokratischen Partei. Sie belamen sich nun in dem Glauben, sie gehörten der alten Werbung an. Auf dem Kreistage in Wittenberg beschwerten sie sich und erklärten, daß sie mit den Unabhängigen nicht mitmachen und belägen dem Kreistage das mitgebrachte Material. Nachdem Halle und Umbeide ihren Standpunkt vertreten hatten, verließen sie mit dem Delegierten Metzendorf (Herrn Gregor Wittenberg) die Versammlung. Straucher hat 70 Mitglieder und Kubersdorf 75 Mitglieder, die alle ihre Karten zur U. S. P. abgeben wollen. Sie haben und nichts mit den Unabhängigen zu tun haben wollen.

Kurze Nachrichten. Die Wahlen für die attaburals Nationalversammlung sind am 28. Januar festgelegt worden. In Weimar wurden ein 16jähriges Mädchen und ein 19jähriger junger Mann von einem Militärautomobil überfahren, das Mädchen getötet und der junge Mann lebensgefährlich verletzt. In Eisenach geriet eine Militärkutschke des Garibaldi-Regiments in Brand, wobei 600 Kilo Sprengstoff zerstört wurde und 1000 Kilo Sprengstoff verbrannt. Der Kommandeurin P. o. b. konnte sein 16jähriges Mädchen retten. Auf der Reife an ihren Eltern verunfallte auf der Eisenbahn eine 22jährige Frau aus Dessau mit ihrem Kinde tödlich.

Wahlversammlungen. Querschnitt.

Die alte sozialdemokratische Partei hat am Freitagabend, den 3. Jan., im „Stern“ in Quartier eine öffentliche Wahlversammlung einberufen, in der Genosse Lange aus Merseburg das Referat übernommen hatte. Die Versammlung war von ca. 300 Personen besucht. Als der Vorsitzende Genosse Neubert die Versammlung eröffnen wollte, verlangten die anwesenden Unabhängigen in ihrer Selbstheit mit dem Kommandeur, herauszufinden, was die Unabhängigen der Wahlversammlung zu tun haben. Genosse Lange erwiderte, er sei eine Stunde, wohl aber bereit, die Unabhängigen zu hören. Die Unabhängigen erklärten, daß sie die Wahlversammlung nicht besuchen wollten, weil sie die Wahlversammlung nicht besuchen wollten. Die Unabhängigen erklärten, daß sie die Wahlversammlung nicht besuchen wollten. Die Unabhängigen erklärten, daß sie die Wahlversammlung nicht besuchen wollten.

Aus der Provinz.

Hohennau. Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet hier im Schützenhaus eine von der alten sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Wahlversammlung statt. In der Wahlversammlung wird über die Wahl zur Nationalversammlung, Nationalversammlung und Frieden sprechen wird. Abends 7 Uhr spricht der gleiche Redner über das Thema im Volkshaus. Wir laden auch an dieser Stelle zu zahlreichem Besuch dieser Versammlungen ein.

